

21.11.2019 - Bolivien: Ein Volksaufstand, den die Ultrarechte ausnutzt

Desinformémonos, 11. November 2019

von Raul Zibechi

<https://desinformemonos.org/bolivia-un-levantamiento-popular-aprovechado-por-laultrade-recha/>

Es war der Aufstand des bolivianischen Volkes und seiner Organisationen, der letztlich zum Sturz der Regierung führte.

Die wichtigsten Bewegungen forderten den Rücktritt bereits, bevor die Streitkräfte und die Polizei dies ebenfalls taten. Die OAS unterstützte die Regierung bis zum Ende. Die kritische Situation, die Bolivien gegenwärtig durchmacht, begann nicht mit dem Wahlbetrug, sondern mit dem systematischen Angriff der Regierung von Evo Morales und Álvaro García Linera auf die Volksbewegungen, die sie in den Regierungspalast gebracht hatten ("Palacio Quemado") und die jetzt, wo es notwendig gewesen wäre, diese Regierung zu verteidigen, demoralisiert waren und passiv blieben.

1.

Die soziale Mobilisierung und die Weigerung der Bewegungen, die

Regierung zu verteidigen, die sie einmal als "ihre" verstanden

hatten, war der Grund für den Rücktritt. Dies wird durch die

Aussagen des Bolivianischen Gewerkschaftsverbandes COB (Central

Obrera Boliviana), der Professor*innen und Führungsgremien der

Staatlichen Universität von El Alto (UPEA), Dutzender von

Organisationen und der Organisation Mujeres Creando bestätigt, die

letzte vielleicht die klarste von allen. Die lateinamerikanische

Linke will nicht akzeptieren, dass ein beträchtlicher Teil der Volksbewegung den Rücktritt der Regierung forderte, weil es ihr nicht gelingt, über die Caudillos hinauszublicken.

Die

Erklärung des historischen Verbandes der Gewerkschaften der Bergarbeiter Boliviens (FSTMB), der der Regierung nahesteht, ist das deutlichste Beispiel für das Gefühl vieler Bewegungen: "Präsident Evo, Du hast bereits viel für Bolivien getan, Du hast die Bildung und Gesundheit verbessert, Du hast vielen armen Leuten ihre Würde wiedergegeben. Präsident, lass es nicht zu, dass sich die Gemüter des Volkes erhitzen und dass es zu noch mehr Todesopfern kommt. Das gesamte Volk wird Dich dafür schätzen, wenn Du jetzt das tust, was Du tun musst, Dein Rücktritt ist inzwischen unvermeidbar geworden, Genosse Präsident. Die nationale Regierung muss jetzt in die Hände des Volkes gelegt werden."

2.

Dieses traurige Ergebnis hat eine Vorgeschichte, die bereits seit dem Marsch zur Verteidigung des Indigenen Territoriums und Nationalparks von Isiboro-Sécure (TIPNIS) im Jahr 2011 deutlich war. Nach diesem

breit getragenen Massenprotest begann die Regierung, die

Organisationen zu spalten, die dazu aufgerufen hatten.

Während Morales-García Linera ausgezeichnete Beziehungen zum Unternehmertum unterhielten, putschten sie gegen den Nationalrat von Ayllus und Markas von Qullasuyu (CONAMAQ) und die Konföderation der Indigenen Völker Boliviens (CIDOB), zwei historische Organisationen der Ureinwohner. Sie schickten die Polizei, warfen die legitimen Anführer raus und danach setzten sie, geschützt von der Polizei, die neuen regierungstreuen Anführer ein.

1 Im Juni 2012 prangerte der CIDOB "die Einmischung der Regierung [an], die einzig und allein das Ziel verfolgt, die organischen und repräsentativen Instanzen der indigenen Völker Boliviens zu manipulieren, zu spalten und zu beeinflussen". Eine Gruppe von Dissidenten, die von der Regierung unterstützt wurden, erkannte die Autoritäten nicht an und berief eine "erweiterte Kommission" ein, um eine neue Leitung zu wählen.

Im

Dezember 2013 besetzte eine Gruppe von Dissidenten der CONAMAQ, die

der MAS [Movimiento al Socialismo, die Partei von Evo Morales, ms]

nahestanden, das Hauptquartier dieser Organisation, verprügelte und

vertrieb mit polizeilicher Unterstützung die in dem Lokal anwesenden

legitimen Anführer der Organisation. Die Polizei verblieb daraufhin

in den Räumlichkeiten und verhinderte so, dass die legitimen

Anführer dort wieder ihren Platz einnehmen konnten. In der Erklärung

der Organisation hieß es, dass der Putsch gegen CONAMAQ ausgeführt

wurde, um "alle Maßnahmen gegen die ursprüngliche Bewegung der

Indígenen und das bolivianische Volk zu billigen, ohne dass jemand etwas dagegen sagen könnte."

3.

Am 21. Februar 2016 hat die Regierung selbst ein Referendum einberufen, damit sich die Bevölkerung für oder gegen die vierte Wiederwahl von Morales ausspricht. Obwohl die Mehrheit NEIN sagte, setzte die Regierung ihre Pläne zur Wiederwahl fort.

Sowohl

die Missachtung des Volkswillens, als auch die Vertreibung der legitimen Führungen der sozialen Bewegungen, stellen Putsch gegen das Volk dar.

Es

ist sogar noch schlimmer. Am Morgen des Mittwochs, dem 17. Februar, nur wenige Tage vor dem Referendum, erreichte eine Demonstration der Eltern von Studenten das Büro des Bürgermeisters von El Alto. Eine Gruppe von einhundert Demonstranten drang gewaltsam in das Gebäude ein und verursachte ein Feuer, bei dem sechs Menschen starben. Diese Gruppe, die sich in der Mobilisierung der Eltern versteckte, gehörte

zur regierungstreuen Bewegung für den Sozialismus (MAS).

Dies

ist der Stil einer Regierung, die einen "Putsch" anprangert, aber

immer wieder repressiv gegen die Volkssektoren vorgegangen ist, die

sich der extraktivistische Politik der Regierung organisiert

entgegengestellt haben.

4. Die Wahlen vom 20. Oktober wurden von der Mehrheit der Menschen in Bolivien als Betrug wahrgenommen. Die ersten Daten deuteten auf einen zweiten Wahlgang hin. Die Auszählung wurde jedoch ohne Erklärung gestoppt. Und die am nächsten Tag veröffentlichten Daten zeigten, dass Evo, obwohl er nicht 50% der Stimmen erreichte, in der ersten Runde gewonnen hatte, da er einen Vorsprung von mehr als 10% [gegenüber dem nächsten Kandidaten, ms] erzielte.

In

mehreren Regionen kommt es zu Zusammenstößen mit der Polizei,

während Demonstranten drei Regionalbüros der Wahlbehörden in

Potosí, Sucre und Cobija niederbrennen. Bürgerorganisationen

fordern einen unbegrenzten Generalstreik. Am 23. spricht Morales

davon, dass die bolivianische Rechte dabei ist, einem "Staatsstreich"

gegen seine Regierung durchzuführen.

Am

Montag, dem 28., verschärfen sich die Proteste mit Blockaden und

Zusammenstößen mit der Polizei, aber auch zwischen Anhängern und Gegnern der Regierung. Wie bei anderen Gelegenheiten, mobilisierte Morales-García Linera kooptierte Organisationen, um gegen andere Organisationen und Menschen, die sich seiner Regierung widersetzen, vorzugehen.

2

Am 2. November gibt es eine wichtige Wende. Der Präsident des Bürgerkomitees von Santa Cruz, der in einem Bündnis mit der Regierung Morales stand, Luis Fernando Camacho, ruft unter Anrufung Gottes und der Bibel die Armee und die Polizei dazu auf, sich "auf die Seite des Volkes" zu stellen, um den Rücktritt des Präsidenten zu erzwingen. Am Freitag, dem 8., rebellieren die ersten drei Polizeieinheiten in Cochabamba, Sucre und Santa Cruz, und die Uniformträger verbünden sich mit den Demonstranten in La Paz. Zwei Tage später bietet das Duo in einem Land in Aufruhr mündlich seinen Rücktritt an, nicht jedoch schriftlich.

5.

In diesem Polarisierungsszenario müssen wir die bemerkenswerte Intervention der bolivianischen feministischen Bewegung hervorheben,

insbesondere der Gruppe Mujeres Creando, die einen Zusammenschluss von Frauen in den wichtigsten Städten darstellt.

Als

sich die Polarisierung bereits auf ihrem Höhepunkt befand, schrieb

María Galindo am 6. November in der Zeitung Página 7: "Fernando

Camacho und Evo Morales sind zwei Seiten derselben Medaille."

"Beide spielen sich als die einzigen Vertreter des Volkes auf.

Beide hassen die Freiheiten der Frauen und die Schwulen. Beide sind

homophob und rassistisch, beide benutzen die Konflikte, um aus ihnen

Vorteile zu ziehen."

Sie

fordert nicht nur den Rücktritt der Regierung und der Wahlbehörden

(Komplizen des Betrugs), sondern auch Neuwahlen mit anderen Regeln,

in denen die Gesellschaft involviert ist, so dass "niemand mehr

eine politische Partei braucht, um gehört zu werden und um

repräsentiert zu werden."

Die

überwiegende Mehrheit der in Bolivien lebenden Menschen hat sich

nicht an dem Kriegsspiel beteiligt, das Morales-García Linera auslösen wollten, als sie zurücktraten und ihre Anhänger zu Zerstörungen und Plünderung aufforderten (vor allem in La Paz und El Alto). Wahrscheinlich taten sie dies, um das Eingreifen der Armee zu provozieren und dadurch ihren Vorwurf eines "Putsches" zu rechtfertigen, den es nie gegeben hat. Sie sind auch nicht in das Spiel der extremen Rechten eingetreten, die gewalttätig und rassistisch gegen die Volkssektoren (indigene und verarmte Bevölkerung, ms) vorgehen. Genauso wenig hat sich diese Mehrheit von der Ultrarechten instrumentalisieren lassen, die gewalttätig und rassistisch gegen die Volkssektoren vorgehen.

6.

Wir, die lateinamerikanische Linke, müssen über die Macht und den Missbrauch von Macht, den ihre Ausübung mit sich bringt, nachdenken, falls wir uns noch ein Minimum von Ethik und Würde bewahrt haben sollten. Wie uns die Feministinnen und Ureinwohner lehren, ist Macht immer unterdrückend, kolonial und patriarchalisch. Deshalb lehnen sie Caudillos ab, und die indigenen Gemeinden lassen ihre Chefs rotieren, damit sie keine Macht anhäufen.

Wir

dürfen nicht vergessen, dass derzeit die ernsthafte Gefahr besteht,
dass es der rassistischen, kolonialen und patriarchalischen Rechten
gelingt, die Situation auszunutzen, um selbst die Macht zu übernehmen
und ein Blutbad anzurichten. Die politischen und sozialen
Rachegelüste der herrschenden Klassen sind gegenwärtig genauso
präsent, wie sie es in den letzten fünfhundert Jahren waren, und
müssen ohne zu zögern gestoppt werden.

Lasst

uns nicht in das Kriegsspiel eintreten, das beide Seiten uns
aufzwingen wollen.

Übersetzung: Matthias Schindler